

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 07.05.2015

Anfrage Nr.: 0035/2015/FZ
Anfrage von: Stadträtin Spinnler
Anfragedatum: 22.04.2015

Beschlusslauf
Letzte Aktualisierung: 18. Mai 2015

Betreff:

Betonsperren in der Römerstraße

Schriftliche Frage:

Seit Oktober 2013 haben wir mehrmals an die Stadtverwaltung den Bürgerwunsch herangetragen, die sperrig-kantige und einengende Betonmöblierung auf dem städtischen Fuß- und Radweg Römerstraße zwischen Sickingen- und Rheinstraße zu entfernen. Da es sich bei diesen hässlichen Teilen um tiefgründig verankerte Panzersperren handelt, ist die Entfernung derselben eine teure Herausforderung für unsere Straßenbauer. Inzwischen verrotten die als Blumenkästen getarnten Betonsperren weiter und legen scharfkantige Teile frei, aus Schutzgründen für Radler und Passanten sehen wir deshalb dringenden Handlungsbedarf.

Welche Maßnahmen sind von der Verwaltung vorgesehen um diese bekannten Gefahren- und Engstellen zu beseitigen?

Wie sieht dafür der Zeitplan aus?

Ist vorstellbar, dass bei einem Unfall die Stadt wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht zu Schadenersatzansprüchen herangezogen werden kann?

Antwort:

Bei den Blumenkästen handelt es sich um Panzersperren, die im Untergrund verankert und nicht einfach verschiebbar sind. Der Rückbau ist daher aufwändig und umfangreich und deshalb als separates Bauprojekt zu sehen. Dieses muss geplant, ausgeschrieben und finanziert werden.

Konsequenterweise müsste dabei dann auch der betroffene Gehweg erneuert werden.

Voraussetzung dafür ist, dass Klarheit über die weitere Nutzung und eventuellen Querschnittsänderungen herrscht. Eine Aussage hierzu muss im Zusammenhang mit den Überlegungen zu den Konversionsflächen getroffen werden.

Einen verbindlichen Zeitplan hierzu gibt es bisher nicht.

Lose Teile an den „Blumenkästen“ werden bei Bedarf beseitigt. Da die Kästen ansonsten gut erkennbar sind, sieht die Stadt keine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht. Gegebenenfalls müssten bei Bedarf einzelne Kästen entfernt werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 07.05.2015

Ergebnis: behandelt